



Vorlage-Nr.: **4133-2024/DaDi**
(Referenz-Vorlage: 3648-2023/DaDi)

Fachbereich: Fraktionslose im Kreistag Darmstadt-Dieburg
Bischoff, Werner

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024 – Endlich eine kreiseigene gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft gründen – Änderungsantrag Abg. Bischoff (fraktionslos)**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

1. ... die Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft auf gemeinnütziger und genossenschaftlicher Basis bis spätestens 1.1.25 umsetzen. Vorbereitungen hierzu sind im Haushaltsjahr 2024 zu planen
2. ... Einen entsprechenden Fachbereich zu gründen, um den Kommunen bei den Planungs- und Ausschreibeverfahren, den Beantragung von Mitteln aus dem renditefähigen Bundesfonds für den sozialen Wohnungsbau z.-B. aus dem europäischen Sozialfonds, den Energie bedingten Zuschüssen der KfW, im unteren Preissegment behilflich zu sein. Angestrebt werden hierbei als Begriff des bezahlbaren Wohnraumes die Werte nach dem geltenden Wohnrecht unter Einbeziehung der Kaltmietnebenkosten und Mietstufen der Kommunen..plus 10 %.Angestrebt werden straffe und auf das wesentliche, den Sicherheits- und Umweltbestimmungen im gesetzlichen Rahmen sich befindliche Baugenehmigungen
3. ... es wird geprüft die Einführung eines Leerstandkataster für seine 23 Kommunen bis zum 1.7.24.Hierbei sollen nach 3 monatigem bekannten Leerstand ähnlich wie bei dem Vorgehen in Landau Pfalz eine Zahlung von 2 Prozent der Immobilie -eine Leerstandsabgabe-möglichh werden.. Diese Leerstandszahlungen sind zweckgebunden für die Kreisförderung für bezahlbaren Wohnraum und aus den Mitteln der gemeinnützigen, genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis Darmstadt Dieburg. Die wird- wird sie konsequent umgesetzt, zu hohen Einnahmen führen. (www.tageschau.de/wirtschaft/immobilien-wonungen-leerstand-100.html)

Begründung:

Die Wohnungsnot im bezahlbaren Wohnraum nimmt auch im Landkreis Darmstadt Dieburg Formen an, die politisch bisher nicht im Ansatz behoben wurden. Einladung jnd Diskussionen zu diesem Problem hatten bisher eher die Form einer „unverbindlichen Aufklärungsrunde, ohne dass dieses gravieren Problem behoben wurde.

Schaffung eines bezahlbaren Wohnraums – ausgerichtet an dem § 12 der Wohngeldgesetze – ist eine soziales Problem. Wird dies nicht im Landkreis Darmstadt Dieburg im Ansatz gelöst. Fördermaßnahmen gezielt beantragt, fördert das Unzufriedenheit und Rechtspopulismus.

Wir dies weiterhin durch unverbindliche Diskussionsforen zu diesem Thema nicht gelöst, unverbindliche Absichtserklärungen oder Hinweise auf die eigene Machtlosigkeit in die Verantwortung des Landes- oder Bundespolitik „verschoben „ , heißt der Gewinner die AFD. Dies ist unbestreitbar. Daher ist schnelles und zielgerichtetes Handeln in dieser Frage im Kreistag von Nöten.

Wird wie bei allen Anträgen von mir, auch dieser „demokratisch“ abgelehnt, fördert das Rechtspopulismus. Auch dieser Frage muss sich der Kreistag mehrheitlich stellen.